

FELIX MONTECUCCOLI ist Sprecher des Interessenverbands Land&Forst Betriebe Österreich, der eher größere Agrarunternehmen vertritt. Seine Familie bewirtschaftet das Gut Mitterau (NÖ).



TREND: Die Landwirtschaft soll ökologischer wirtschaften, das ist ein Hauptziel der neuen Regeln der europäischen Agrarförderungen (GAP). Was stört Sie daran? **FELIX MONTECUCCOLI:** In diesem Sinn gar nichts. Die österreichischen Vertreter in Brüssel waren durchaus sehr erfolgreich, die österreichischen Umweltleistungen wurden anerkannt, insgesamt hat man ein bisschen mehr Geld gekriegt. Es reicht nicht für einen Inflationsausgleich über die letzten sieben Jahre, aber immerhin, es hätte auch weniger sein können.

Dennoch sind Sie als Vertreter der großen Land- und Forstbetriebe Österreichs unzufrieden. Es ist ein sehr schlüssiges Gesamtkonzept erarbeitet worden, das dann offensichtlich in den letzten Stunden, Tagen der Verhandlung aus den Augen verloren wurde. Insbesondere geht es um die Deckelung der Direktzahlungen, da wurden bisher die Lohn- und Gehaltskosten von Mitarbeitern erhöhend angerechnet. Das ist plötzlich weggefallen, was

„Man köpft ein paar Große“

Agrarlobbyist FELIX MONTECUCCOLI über den Ökoschwenk der EU-Agrarpolitik, die neue Fördermittelverteilung und wie die Grünen Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger ausgebremst haben.

nicht so sehr gegen die Betriebe geht, sondern eigentlich gegen die Mitarbeiter.

Wieso das? Bis jetzt hat man berücksichtigt, dass gerade diese größeren Betriebe Arbeitgeber sind und Mitarbeiter haben, für die auch die Zielsetzung der Union gilt, deren Jobs abzusichern. Diese Si-

cherheit hat man unseren Mitarbeitern weggenommen. Das verstehen wir nicht ganz. Das zweite Thema ist, dass die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe offensichtlich für unsere Mitgliedsbetriebe nicht gilt. Und das, obwohl diese Zielsetzung der Agrarpolitik interessanterweise in den österreichischen GAP-Strategieplan dezidiert hineingeschrieben wurde.

INTERVIEW: MARKUS GRÖLL

Woran machen Sie das fest? Ausgerechnet die größeren Betriebe sind in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den weitaus größeren Nachbarbetrieben in der Tschechei und Slowakei schwerst beeinträchtigt. Wenn man uns über Nacht 30 oder 50 Prozent wegnimmt, wirft das die gesamte betriebswirtschaftliche Kalkulation über den Haufen. Dann wird man als Erstes bei Mitarbeitern nachschauen, ob man sich noch alle leisten kann, dann muss man die Produktionsprozesse straffen. Das geht in der Landwirtschaft meist auf Kosten der ökologischen Nebeneffekte, und auch das ist unverständlich: Die Ökologisierung voranzutreiben, aber die finanzielle Grundlage einschränken passt nicht zusammen. Das ist in der Hitze der ideologischen Auseinandersetzungen der Koalition offensichtlich übersehen worden.

„Ideologische Auseinandersetzungen“? Dann haben dabei offenbar die Grünen als erklärte Vertreter einer sehr klein strukturierten Landwirtschaft gewonnen, schließlich betreffen die angesprochenen Regeln ja just die Großbetriebe in Österreich? Ich war bei den Verhandlungen nicht dabei, weiß aber, dass die Ministerin ein sehr schlüssiges Konzept hatte, mit dem sie in die Verhandlungen gegangen ist, und am Schluss ist sie mit etwas anderem herausgekommen. Jetzt will man die Kleinbetriebe stärken, indem man den großen drei Millionen Euro wegnimmt. Diese Summe muss man dann nach den EU-Regeln umverteilen. Wenn man das durchrechnet, kommen pro Betrieb 17 Euro raus. Also das verbuche ich unter Almosen, das ist keine Hilfe.

Sie meinen mit anderen Worten, das wäre Symbolpolitik? Die zwei neuen Instrumente der Umverteilung Richtung kleinerer Betriebe retten jedenfalls keinen Betrieb. Es hätte effektivere Maßnahmen gegeben. Im Gegenteil, das Kappen bei den Großbetrieben widerspricht der Einkommenssicherung der Mitarbeiter, der Sicherung der Arbeitsplätze, dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und zu guten Teilen der

ökologischen Zielsetzung. Außerdem steht es ganz massiv im Widerspruch zu anderen Maßnahmen, wo extra gefördert wird, dass sich Betriebe in größeren Einheiten zu Erzeugergemeinschaften oder Produktionsgemeinschaften zusammenschließen. Nachdem das niemand erklären kann, kann das nur aus ideologischen Gründen erfolgt sein. Da fühlen wir uns ein bisschen als Geißel der Politik. Es ist wie in der Französischen Revolution – man hat Riesenprobleme für die Massen, aber keine Lösung. Also köpft man ein paar Große, hat den Applaus und es ändert sich in Wirklichkeit gar nix. Mit 17 Euro, was wollen Sie da ändern?

“
Das geht nicht so sehr gegen die Betriebe, sondern eigentlich gegen die Mitarbeiter.
 “

Aber auch die kleineren Betriebe sind mit den neuen Regelungen unzufrieden, zumindest die biologisch wirtschaftenden. Ja, auch die haben ein Konzept gehabt, das sie nicht voll durchsetzen konnten. Ich verstehe natürlich, wenn eine Interessenvertretung, die ein dezidiertes Ziel hat und ganz konkrete Vorschläge macht, sich beschwert, wenn sie es

nicht erreicht. Dennoch ist der Schwerpunkt auf Umweltsleistungen und Klimaschutzleistungen viel größer als früher, die biologische Landwirtschaft kann ausgebaut werden, noch weiter wachsen in Österreich. Da ist auch viel gelungen. Aber für die, die die neue Kappung betrifft, ist das kein Trost.

Jetzt ist der Zug abgefahren, der Gesetzesentwurf liegt in Brüssel und soll vom Parlament beschlossen werden. Der wird jetzt in der Kommission auf seine Richtlinienkonformität geprüft und natürlich auch darauf, ob die Zielsetzungen der europäischen Agrarpolitik erreicht werden. Und wir werden natürlich auch in Brüssel darauf hinweisen, dass wir da einen Widerspruch sehen. Auch im Parlament wird's noch einen intensiven Schlagabtausch geben zwischen den unterschiedlichen ideologischen Zugängen zur Landwirtschaft, da kommen die Oppositionsparteien ja auch noch dazu. Das Thema wird uns noch einige Monate begleiten, aber wir brauchen dringend eine schnelle Reparatur. **IT**



Grüne Deals

Die neuen **AGRAR-**Förderregeln der EU lassen genug Spielraum – auch für ideologische Scharmützel.

➔ **GAP.** Die EU hat sich für die nächsten Jahre (202–2027) auf eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) geeinigt (gesamt 387 Milliarden Euro, 31 Prozent des EU-Haushalts, zuvor 58 Prozent). Österreich kann den Rahmen stärker als bisher in eigenen Regeln umsetzen (GAP-Strategieplan), Ende Februar könnten diese dann im Parlament beschlossen werden.

➔ **UMWELTFÖRDERUNGEN.** Bei insgesamt mehr EU-Geld (plus 35 Millionen Euro bis 2027) konnte Österreichs starkes Umweltförderprogramm ÖPUL (rund 570 Millionen Euro bei 23 Prozent Biobetrieben) für die von der EU angestrebte stärkere Ökologisierung angerechnet werden, durchaus ein Verhandlungserfolg.

➔ **AUFLAGEN.** Neu sind auch geringere flächenbezogene Direktzahlungen (Österreich: minus 2,1 Prozent) und eine stärkere Junktimierung der Fördermittel mit Umweltauflagen, in einem Modulsystem auswählbar. Bio- und konventionelle Bauern werden in die gleiche Systematik geholt.

➔ **UMVERTEILUNG.** Den Grünen war wichtig, die Mittel stärker zu kleinen Betrieben umzuleiten (mittels Förderobergrenzen und eines Umverteilungstopfs), was bei den – im EU-Vergleich nur relativ – größeren Kollegen durchaus Verstimmung auslöst.

➔ **KLIMA.** 40 Prozent der Leistungen sind nun klimarelevant, das Tierwohl wird gestärkt (z. B. Ende der Förderung für Vollspaltenböden im Neubau).